

Entwicklung der finanziellen Situation der kommunalen Haushalte im ersten Halbjahr 2024

Andreas Faust, vdpExpertise GmbH, 12/2024

Die vdpExpertise verfügt über eine umfassende Datenbank zu Haushalts- und Schulden Daten aller Gemeinden und Gemeindeverbände Deutschlands. Diese erlaubt es, einen kompakten Überblick über die häushälterische Situation einer Gemeinde bzw. eines Gemeindeverbandes zu erlangen. Visualisiert dargestellt werden diese Daten über die Webanwendung www.vdpKommunalDaten.de.

Die auf diesen Daten aufbauende Webanwendung www.vdpKommunalScore.de unterstützt zusätzlich mittels eines Scorecardmodells und einer Auswahl an Schlüsselindikatoren (KPI) Entscheidungen der Kommunalfinanzierer in ihrer Beurteilung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit einer Kommune.

Aktuell ausgewertet haben wir die Haushaltslage der deutschen Kommunen mittels der letzten Informationen des Statistischen Bundesamtes zu den Kommunal финанzen auf Länderebene im ersten Halbjahr 2024:

Trotz sinkender Inflation – im ersten Halbjahr 2024 betrug diese 2,4 % verglichen mit der des Vorjahreszeitraumes von 7,4 % – stiegen die laufenden Ausgaben aller Gemeinden und Gemeindeverbände um 10 % an. Im selben Zeitraum nahmen die laufenden Einnahmen jedoch nur um 3 % zu.

Das laufende Ergebnis der kommunalen Haushalte sank von einem Überschuss im ersten Halbjahr 2023 von knapp 3,8 % auf ein Defizit von 2,5 % im gleichen Zeitraum 2024. Das zu finanzierende laufende Defizit betrug 3,5 Mrd. Euro.

Eine gegenüber dem Vorjahr real unveränderte Wirtschaftsaktivität führte zu einem realen Rückgang der Steuereinnahmen auf Gemeindeebene.

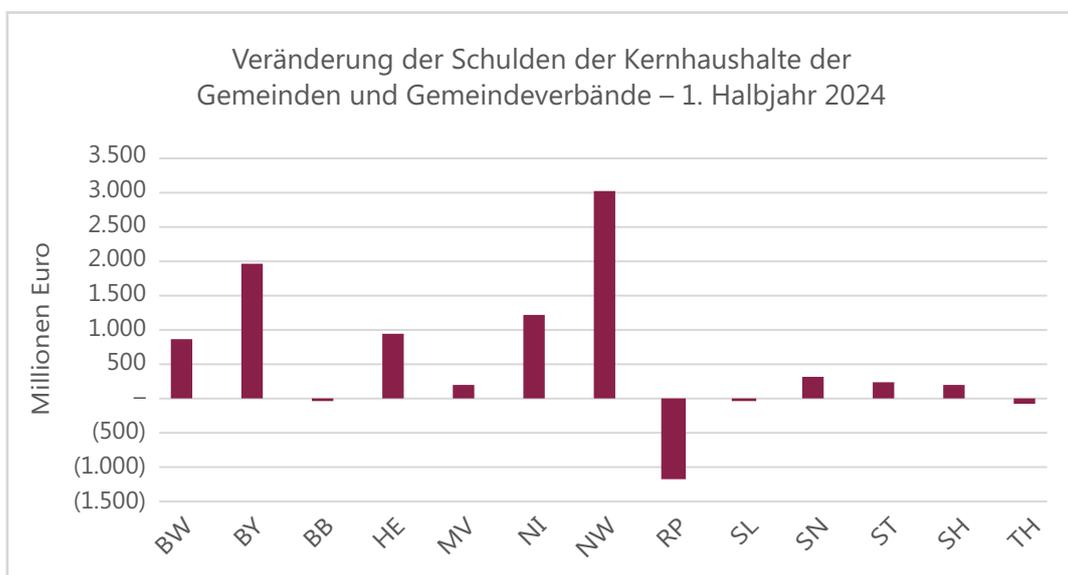
Steuern sind die wichtigsten Finanzierungsquelle auf dieser Verwaltungsebene. Die Steuerquote (Steuereinnahmen in Prozent der laufenden Einnahmen) sank von fast 40 % im ersten Halbjahr 2023 auf 38,5 % im gleichen Zeitraum 2024.

Der Anstieg der Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände im ersten Halbjahr 2024 um nominal 10 % spiegelt u.a. die Belastung der länger anhaltenden wirtschaftlichen Schwäche mit weiter steigenden Arbeitslosenraten wider, vor allem im Bereich der Sozialgesetzgebung II, deren Unterstützung in teilweiser Verantwortung der Kommunen liegen. Seit Mitte 2022 steigende Zinsen und bereits eine im Jahr 2023 steigende Verschuldung führten zu einem Ausgabenplus in diesem Bereich von 400 Mio. Euro.

Das zu finanzierende Defizit der Kernhaushalte wurde größtenteils von den Banken und Versicherungen über Schulden beim sogenannten nicht-öffentlichen Bereich getragen. Der Anteil der kurzfristigen Kassenkredite ist weiterhin rückläufig und liegt bei aktuell 22 %.

Die Kredite der Kernhaushalte beim nicht-öffentlichen Bereich stiegen im ersten Halbjahr 2024 um gut 7,6 Mrd. Euro auf insgesamt ca. 134 Mrd. Euro an.

Die stärksten relativen Anstiege der Gesamtverschuldung der Kernhaushalte verzeichneten die Bundesländer Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern mit jeweils 14 %. In absoluten Größen vereinten Bayern und Nordrhein-Westfalen 65 % der Erhöhung der Gemeindeverschuldung um 7,6 Mrd. Euro auf sich. Bei der Betrachtung auf Bundeslandebene ist zu berücksichtigen, dass es in Rheinland-Pfalz ein Programm Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen (PRK-RP) in Höhe von 3 Mrd. Euro gab, so dass die Verschuldung in diesem Bundesland im ersten Halbjahr 2024 um 1,2 Mrd. Euro sank.



Quelle: Destatis, Tabelle 71311-0003 sowie eigene Berechnungen der vdpExpertise

Alle Informationen zu den vdpKommunalDaten bzw. vdpKommunalScore der vdpExpertise finden Sie unter www.vdpexpertise.de. Bei Fragen kontaktieren Sie uns gern unter info@vdpexpertise.de.